

Sitzung der Nationalrätlichen Kommission

für auswärtige Angelegenheiten 9./10. März 1944.

nachmittags

Am 9. März 1944 um 3½ Uhr eröffnet der Präsident der Kommission, Nationalrat Bärtschi, die Sitzung in Anwesenheit sämtlicher Kommissionsmitglieder mit Ausnahme von Bringolf, der etwas später erscheint. Anwesend der Vorsteher des Politischen Departements, begleitet vom Unterzeichneten.

In seiner Eröffnungsansprache stellt der Vorsitzende fest, dass von den 13 Mitgliedern der Kommission 7 neue das erstmal dabei sind. Er gibt deshalb ein kurzes Exposé über die Aufgaben der Kommission, und einen kurzen Ueberblick über die Vorgeschichte des Beschlusses des Nationalrates vom 23. April 1936, mit dem durch Abänderung von Art. 50 des Geschäftsreglements die Kommission ins Leben gerufen wurde. Vorgesehen ist, dass die Kommission:

1. die der Bundesversammlung unterbreiteten Vorlagen und Beschlusssentwürfe vorzubereiten hat, und
2. ausserordentlicherweise vom Bundesrat zur Entgegennahme von Mitteilungen über seine diplomatische Tätigkeit einberufen werden kann.

Wie Nationalrat Oeri erklärt, war bis zum Kriegsausbruch nur die erste Aufgabe von praktischer Bedeutung, da der Bundesrat unter Hinweis darauf, dass der Ständerat selbst keine auswärtige Kommission schaffen wollte und der Nationalrat oder seine Kommission keine dem Ständerat nicht ebenfalls zustehende Kompetenzen in Anspruch nehmen könne, es ablehnte, der Kommission über seine Aussenpolitik Bericht zu erstatten. Seit 1939 hat nun aber der Ständerat seine Vollmachtenkommission zusätzlich mit den Funktionen betraut, die der nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten zustehen. Der Berichterstattung des Bundesrates vor der nationalrätlichen Kommission stehen deshalb keine formellen Hindernisse im Weg. Andererseits sind aber unter dem Vollmachtenregime keine Vorlagen und Beschlusssentwürfe über auswärtige Angelegenheiten der Bundesversammlung mehr vorgelegt worden, sodass die nationalrätliche Kommission seit 1939 praktisch nur noch die 2. Aufgabe zu erfüllen hat.

Wie vom Vorsitzenden vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Tag: Exposé des Vorstehers des Politischen Departements
2. Tag: Beantwortung der gestellten Fragen, wobei die schriftlich eingereichten Fragen die Priorität haben.

wird von der Kommission angenommen.



Exposé des Vorstehers des Politischen Departements:

Der Sprecher legt zunächst die Gesichtspunkte dar, an welche sich die Kommissionsmitglieder bei der Verwertung dessen, was ihnen in den Sitzungen bekanntgegeben wird, halten sollen. In erster Linie Frage des Taktes. Appell an die erforderliche Diskretion.

Bundesrat Pilet-Golaz erklärt weiter, er lasse sich bei seiner Aussenpolitik, die schon ohnehin schwer genug sei, nicht von der Innenpolitik beeinflussen. Er habe in dieser Richtung volles Vertrauen zur Kommission, erwarte aber das Gleiche auch von ihr.

Eine gewisse Konkurrenz zwischen der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten und der Geschäftsprüfungskommission, welche entgegen ihrer Aufgaben oft die Tendenz habe, sich mit kommenden Dingen anstatt mit dem abgelaufenen Jahr zu befassen, und der nationalrätlichen Vollmachtenkommission (nicht mit der ständerätlichen Vollmachtenkommission, da dieser seit 1939 auch die Funktionen der nationalrätlichen Kommission für Auswärtige Angelegenheiten zukomme) sei nicht ganz vermeidbar. Die Kommission für Auswärtige Angelegenheiten könne aber darauf zählen, dass ihr über aussenpolitische Fragen am eingehendsten und bereitwilligsten Aufschluss erteilt werde. Es sei aber natürlich, dass auch in der nationalrätlichen Vollmachtenkommission Fragen gestellt werden, die ~~auch~~ Erklärungen über aussenpolitische Fragen erfordern.

So habe Herr Pilet-Golaz auch vor der Vollmachtenkommission von der sich in der Bevölkerung breitmachenden gefährlichen Einbildung, der Friede komme nächstens, und den Gefahren dieser Illusion gesprochen. Seit 2-3 Monaten greife, ähnlich einer Epidemie, im Volk eine Friedens-Psychose um sich. Die Quelle davon sei vor allem die Presse. Dadurch werde die militärische Bereitschaft des Landes beeinträchtigt. Die militärische Bereitschaft sei aber eine wichtige Karte im politischen Spiel der Schweiz. Die ganze Welt beobachte uns. Die Friedens-Psychose sei deshalb geeignet, unsere aussenpolitische Stellung zu kompromittieren. Diese Psychose habe aber auch in anderer Richtung nachteilige Wirkungen. Sie beeinträchtige auch die Beschäftigung gewisser Wirtschaftszweige. Die Bevölkerung bildet sich voreiligerweise ein, sie könne nach einem baldigen Ende des Krieges wieder bessere Waren billiger kaufen. Das könne der Arbeitslosigkeit rufen, die schon ohnehin infolge der Schwierigkeiten bei der Rohstoff-Einfuhr und beim Export drohe. Die Friedens-Psychose habe sich allerdings seit ungefähr 3 Wochen wieder etwas aufgelöst.

Wohin man mit einer Friedens-Psychose komme, zeige das Beispiel Italiens. Dort habe man im letzten Juni geglaubt, das Ende des Krieges stehe unmittelbar bevor. Sogar die Alliierten

hätten sich getäuscht und müssten jetzt ihren Irrtum mühevoll reparieren.

Aus dem, was in Italien geschehen sei, dürfe man übrigens keine Schlüsse auf das ziehen, was sich in Deutschland abspielen werde. Die Hilfsmittel seien ganz verschieden (wirtschaftlich, militärisch, Willen zum Kampfe). Als Beweis (dieser Hinweis ist geheim zu halten) könne daran erinnert werden, dass die Schweiz vor Italien nie Angst gehabt habe, wohl aber vor Deutschland. Die Deutschen seien entschlossen, sich zu schlagen, was die Italiener lieber nicht möchten. Das italienische Regime sei immer gemässiger gewesen. Die unter Hinweis auf die Ereignisse in Italien geweckten Friedensperspektiven seien deshalb unbegründet und würden sich nicht verwirklichen.

Ein heute noch lebendes früheres Bundesratsmitglied der Konservativen (gemeint ist offenbar Musy) habe einmal gesagt: "il faut offrir un paradis aux fidèles". Das sei ein Grundsatz der Propaganda, einer Waffe, von der wir als Neutrale keinen Gebrauch machen können.

Wir möchten, dass der "cauchemar" zu Ende gehe. Aber dieser Wunsch dürfe uns nicht hindern, kritisch zu denken. Sonst ~~denken~~ ^{täuschen} wir uns über die Lage, in der sich unser Land jetzt befindet, und sind wir zweitens nicht imstande, uns von den Nachkriegsproblemen ein richtiges Bild zu machen.

Die grossen Truppenlandungen in Afrika im November 1942 haben alle die überschwänglichen Hoffnungen und Erwartungen geweckt. Seither sind 16 Monate verstrichen und man ist "fast noch am Voltorno" (der englische Minister habe zu Herrn Pilet im Zusammenhang mit irgendeinem wirtschaftlichen Problem gesagt: "Surtout pas de tactique à la Voltorno - pas à pas"). Die Angelsachsen machen Fortschritte, aber man darf nicht vergessen, dass sie keine Armee hatten! Die Vorbereitung von Armeen braucht Jahre (daraus müssen wir auch für uns eine Lehre ziehen!). Zu Wasser und in der Luft haben die Briten fast nur Erfolge gehabt (Atlantische Schlacht). Aber zu Lande sind die Dinge ganz anders. Die Spezialisten der verschiedenen Kriegsmaschinen und die Generalstabs-offiziere, welche die Zusammenarbeit dieser Maschinen leiten (können, lassen sich nur sehr langsam heranbilden. Darum zögern die Engländer.

Die Kraft Deutschlands ist noch sehr beträchtlich. Man muss daran denken, dass die Front in Russland ungeheuer gross ist. Ungefähr 3000 km. Auch die Bedingungen der Kriegführung sind dort sehr schwer. Die Deutschen haben ihre Truppenbestände an der Ostfront herabgesetzt, vielleicht auf ungefähr 150 Divisionen, um anderswo sehr grosse Reserven bereitstellen zu können. Diese Reserven sind wohl doppelt so gross wie vor der Invasion Italiens

und machen schätzungsweise ebenfalls 150 Divisionen aus. Die Deutschen wollen stark sein gegen eine englische Invasion und nehmen die Schwächung, die sich daraus an der Ostfront ergibt, in Kauf. Ihre Führung ist hervorragend, und sie haben trotz der Schwächung im Osten wirkliche Katastrophen vermeiden können.

In Italien haben die Angelsachsen bis jetzt nicht viel erreicht und Nettuno ist für sie zugestandenermassen ein Misserfolg. Sie werden die wirkliche zweite Front nicht leicht eröffnen können. Die Invasion ist erstens eine Frage des Schiffsraums. Daraus, wie es in diesem Punkt steht, kann man sich nicht leicht ein Bild machen. Auf jeden Fall braucht es aber für eine wirkliche Invasion sehr viel mehr Schiffsraum als für die Landung in Sizilien! Auch die andern Vorbereitungen der Invasion brauchen, wie gesagt, viel Zeit. Dazu kommt, dass die Angelsachsen sich, wenn sie einmal landen, nicht mehr zurückziehen dürfen. Deshalb haben sie natürlicherweise Hemmungen. Sie haben auch Hemmungen, Menschenleben aufs Spiel zu setzen. Deshalb wollen sie, bevor sie anfangen, sicher sein. Wenn Frankreich 1940 so leicht geschlagen wurde, so deshalb, weil es sich ausgeblutet hat. Das wollen die Engländer vermeiden; sie brauchen ihre Leute nach dem Krieg, um ihr Reich zusammenzuhalten.

Die Amerikaner sind von der Idee ausgegangen, sie könnten mit ihrem Materialaufwand den Krieg gewinnen. Amerikanische Gefangene in Italien, die übrigens von den Deutschen sehr gut behandelt werden, haben sich darüber enttäuscht gezeigt, dass sie wirklich kämpfen mussten. Die amerikanischen Generäle wagen es nicht, die Leute einzusetzen.

(Herr Bundesrat Pilet-Golaz liest in diesem Zusammenhang mit der Bitte um Geheimhaltung den letzten Bericht des Militärattachés in Washington vom 12.2.44 vor).

Von amerikanischer Seite sind Ueberraschungen zu erwarten. Wer wird Präsident sein? Infolge der durch den Wahlkampf bedingten Ungewissheit ergibt sich sicher eine Beeinträchtigung der Kriegsanstrengungen.

Der Zweck der Bombardierungen Deutschlands ist es, dieses Land vor der Invasion zu schwächen. Aber die militärische Wirkung dieser Bombardierungen steht in einem Missverhältnis zu ihrer allgemeinen Wirkung. Getroffen wird weniger die militärische Kraft als die Produktion. Auf die militärische Kraft wirkt sich das erst nach längerer Zeit (6 Monaten) aus. Inzwischen führen die Bombardierungen Deutschlands zu einer weitgehenden Verproletarisierung der Bevölkerung, die für die Nachkriegszeit von kapitaler Bedeutung sein wird. Die Angelsachsen sind nicht unglücklich darüber, dass sich die Deutschen und die Russen gegenseitig schwächen, denn auch das Verhältnis unter den Kriegsgegnern Deutschlands ist nicht frei von Spannungen.

Von seiten der Angelsachsen ist es Pockerspiel, Friedenshoffnungen in Deutschland zu wecken. Die Japaner werden inzwischen alles tun, um die Deutschen mit den Russen zu ver-

söhnen. On dit, que M. von Papen s'emploie beaucoup à certains contacts et que les militaires allemands seraient disposés à s'entendre avec les russes. Die deutschen Militärs hätten die Ueberzeugung, dass sie bei einer Verständigung mit den Russen diesen gegenüber leicht den Vorteil und das Uebergewicht gewinnen könnten. Weil sie das aber zu deutlich zu verstehen geben, zögern die Russen.

Eine andere Strömung in Deutschland wolle sich mit den Angelsachsen gegen die Russen verständigen. In der Partei sei man geteilter Meinung. Zum Teil scheine man auf eine baldige Invasion zu hoffen in der Meinung, dass man die Engländer schlagen und sich dann mit ihnen verständigen könne.

Das sind: on dit. Die Meinung des Herrn Pilet sei viel reservierter. Nach seiner Auffassung hat es Möglichkeiten in beiden Richtungen.

Hand unter den Alliierten
Diese Verhältnisse erschweren eine Beurteilung der Lage ausserordentlich. Die sich entgegenstehenden Kräfte verzögern die Entwicklung des Krieges und sind geeignet, ihn wesentlich zu verlängern. Darum ist die Illusion, der Krieg sei bald zu Ende, gefährlich.

Hat nicht Churchill in seiner letzten Rede gesagt: "Habe ich Euch den Frieden für das Jahr 1944 versprochen?" Dabei haben wir den Frieden für Weihnachten 1943 erwartet!

Eden hat dann am 23. Februar eine viel nuanciertere Rede gehalten, worin er erklärte, dass die Aufrechterhaltung des Friedens vom Einvernehmen zwischen Grossbritannien, den U.S.A. und Russland abhängen wird, und dass es ohne dieses Einvernehmen keine Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden geben könne. Aus seinen Ausführungen könnte man den Schluss ziehen, dass die Konferenzen von Teheran etc. weit davon entfernt sind, eine Lösung aller zwischen den Alliierten schwebenden Fragen gebracht zu haben. Grosse Fortschritte wurden gemacht, aber grosse Enttäuschungen stehen uns noch bevor, so sagte Eden

(Herr Pilet liest den Bericht Dinichert aus Stockholm vom 26.2.44. vor).

Wie steht es mit den Grundsätzen der Atlantic Charta. Es wurde unlängst erklärt, dass Deutschland sich nicht darauf soll berufen können. Für die Baltischen Staaten gelten sie ebenfalls nicht. Gelten sie für die andern Staaten? Wenn man von Wünschen der Amerikaner hört, Stützpunkte in Nordafrika (Dakar) zu behalten, wundert man sich nicht darüber, dass sich Algier mehr auf Russland stützt als auf die Angelsachsen.

(Bericht Dinichert vom 1.3.44. betr. Balkan; vertraulich)

(Bericht Militärattaché Berlin vom 1.3.44.) Nach diesem Bericht wäre die Stimmung in Deutschland zuversichtlich, genährt von der Hoffnung auf eine erfolgreiche Abwehr der Invasion. Man arbeite in dieser Hoffnung sogar Angriffspläne für eine Sommer-Offensive gegen die Russen aus. ~~Herr~~

Herr Pilet kommt auf die Friedenspsychose zurück und erklärt, er sei deswegen in hohem Masse beunruhigt. Wenn diese Psychose nicht verschwinden werde, könne er die Verantwortung für die Folgen, die sich für unser Land daraus ergeben werden, nicht mehr tragen. Die Beunruhigung gründet sich vor allem auf das, was Herr Pilet bei den Februar-Manövern gesehen hat. An den militärischen Führern liege es nicht, sondern an der Einstellung der Leute, die einfach glauben, der Krieg sei vorbei und es gelte jetzt nicht mehr ernst.

Der Vorsteher des Politischen Departements kommt dann auf das Gotthard-Transit-Problem zu sprechen. Nord- und Zentralitalien wird wirtschaftlich von Deutschland ausgenützt. Deutscherseits hat man den Wunsch, die Gotthardlinie zu benützen, um die in Italien requirierten Waren nach Deutschland zu spedieren. Andererseits möchten die Angelsachsen, dass diese Transporte überhaupt aufhören in der Meinung, dass die Ueberführung der Rohstoffe, Fabrikeinrichtungen usw.* durch Bombardierung der Brennerlinie und des Mont Cenis wirksam gehindert werden kann.

*und der übrige
Bahnverkehr zwi-
schen Deutschland
und Italien dann

Rechtlich müssen wir den Standpunkt der Freiheit des Gotthard-Transites vertreten; denn das ist für die Schweiz in Anbetracht ihrer geographischen Lage ein vitaler Grundsatz. Zudem ist der Grundsatz im Gotthardvertrag ausdrücklich verankert. Die Konsequenzen dieses Vertrages könnten der Schweiz allerdings auch sehr gefährlich werden.

Wir müssen an der Freiheit des Transites grundsätzlich festhalten, gleichzeitig aber in Verfolgung unserer Neutralitätspolitik selbst bestimmen, was wir durchlassen wollen.

Die Deutschen haben gegen uns ein starkes Druckmittel in der Hand, da wir für unsere Importe über Marseille, aus der Türkei, dem Balkan und aus Schweden auf den deutschen Transit angewiesen sind. Wir werden aber ihnen gegenüber absolut fest bleiben. Die Deutschen haben zwar keinerlei Zumutungen an uns gestellt, die mit der Haager Landkriegsordnung nicht im Einklang stehen würden. Sie haben weder den Transit von Militärpersonen noch von Kriegsmaterial von uns verlangt. Aber seit*der Landkriegsordnung hat sich viel geändert. Im gegenwärtigen totalen Krieg ist alles irgendwie Kriegsmaterial geworden (z.B. war man britischerseits mit der schweizerischen Absicht, drei Wagen Woll-sachen für finnische Kinder abzugeben, nicht einverstanden).

*der Vereinba-
rung

Den Engländern gegenüber werden wir an der Freiheit des Transits festhalten und gleichzeitig Transporte mit indirekt militärischem Charakter vermeiden. Das wird eine Frage sein der Art der betreffenden Waren, mehr noch aber des Quantums! Diese Transporte werden von italienischen Internierten im Tessin genau verfolgt und diese geben ihrer Gesandtschaft von dem, was sie sehen, Bericht, den die Italienische Gesandtschaft an die Engländer und Amerikaner weiterleitet.

Die Deutschen wollen die Transitfrage mit den hängigen wirtschaftlichen Problemen verbinden. Nur mit einer klaren Haltung werden wir dabei bestehen können. Was werden die Deutschen beschliessen? Es ist zu hoffen, dass sie nachgeben werden.

Die Neutralität weist uns den Weg zum Entscheid darüber, was wir durchlassen können. Darüber dürfen wir nicht diskutieren! Herr Pilet, der erklärt, in diesem Punkt unbedingt festbleiben zu wollen, hält diese Haltung auch im Interesse unserer Stellung in der Nachkriegspolitik für eine Notwendigkeit.

Eine andere Ursache zu Beunruhigung bildet die Entwicklung des Luftkrieges. Zahlreiche neue Ueberfliegungen verbunden mit grossen Gefahren für unser Land sind vorauszusehen. Ein amerikanischer Bomber ist mit seiner Bombenlast unlängst im Sihlsee abgestürzt. Wenn er ein paar Kilometer weiter geflogen wäre, hätte er grosses Unheil anrichten können. Gross sind auch die Gefahren, die sich aus Luftkämpfen - eine aktive Abwehr ist selbstverständlich notwendig - über der Schweiz ergeben können. Protestiert wird nur in klaren Fällen. Wir müssen auch immer genau wissen, ob es sich um amerikanische oder englische Flugzeuge handelte. Es geht uns gegenüber nach dem Grundsatz: Die Rechte weiss nicht was die Linke tut.

Die Proteste sind nicht wirkungslos; wir haben mit unsern Reklamationen beim Foreign office viel Verständnis gefunden, dieses aber oft weniger bei den Militärs. (Telegramme London vom 3. und 7.3.44.).

Die Endphase des Krieges wird uns sicher vor ebenso grosse Gefahren stellen wie das Jahr 1940. Müssen wir uns auf eine Abschneidung gefasst machen. Wann? wie lange?

Wir müssen fest bleiben.

Speiser (KIAA) sagte: Wir kämpfen gegen die Arbeitslosigkeit, weil die Leute sich einbilden, der Friede stehe bevor. Aber nach diesem Krieg, der Europa ruiniert, werden wir nicht sofort eine Prosperität haben! La psychose de paix fausse aussi les problèmes d'après-guerre.

Die Probleme, die uns der Krieg stellt, sind von lebenswichtiger Bedeutung, aber sie sind einfach. Die Nachkriegsprobleme sind viel komplizierter.

Finnische Frage. (Telegramme Helsinki 2.3.44., Stockholm 2.3.44. Helsinki 6.3.44-letzteres geheim- & 8.3.44.).

Vous voyez: le jeu continue.

Rumänien. Kontakte mit den Kriegsgegnern haben sicher stattgefunden, und zwar im Osten durch eine nicht zur Umgebung der Regierung gehörende Persönlichkeit. Was daraus wird, lässt sich

schwer voraussehen. Einerseits hat es in Rumänien eine starke slavische Strömung, andererseits aber eine starke nationale anti-griechische und antiserbische Strömung. Der Gesandte in Bern ist übrigens mit seiner Regierung nicht einverstanden. Dies ist gerade der Grund, warum er nach Bern gesandt wurde.

Zu den Fragen Borella betreffend Italien.

Campione ist italienisches Gebiet, und wir werden uns hüten, uns mit etwas zu befassen, das uns nichts angeht. Dort hat sich übrigens alles in Ruhe abgespielt. Einige Funktionäre wurden ersetzt. Ein Transport von bewaffneten Kräften nach Campione fand nicht statt. Campione steht jetzt unter der Botmässigkeit der Regierung Badoglio, die wir anerkennen. Etwas anders würden die Dinge liegen, wenn die Neo-Fascisten den Umsturz herbeigeführt hätten. Sie könnten aber wegen der geographischen Lage Campiones nur mit unserer Zustimmung eingreifen, eine Zustimmung, um die sie keineswegs nachgesucht haben.

Was das italienische Personal im Bahnhof Chiasso anbelangt, werden wir dafür Sorge zu tragen haben, dass die Leute nicht unter politischen Druck gestellt werden. Für ihren Lebensunterhalt haben wir grundsätzlich nicht aufzukommen. Die italienischen Gesandtschaften und Konsulate in der Schweiz werden mit Vorschüssen der schweizerischen Regierung unterhalten. (Man spricht in dieser Beziehung von einem eventuellen Abkommen der Italiener mit den Engländern und Amerikanern. Diese wollen aber offenbar warten, bis sie in Rom sind, um dann zu entscheiden, welche Stellung sie tatsächlich der Regierung Badoglio einräumen wollen). Von uns wurden für die Italienische Gesandtschaft zuerst monatlich Fr. 400'000.-- verlangt, einen Betrag, den wir auf Fr. 125'000 ermässigt haben. Mit dieser Reduktion haben wir auch eine Schliessung der italienischen Schulen herbeiführen können, die uns nicht angenehm waren. Besonders der italienischen Schulen im Tessin. Dagegen ist die italienische Schule in Zürich, wo sie eine kulturelle Aufgabe zu erfüllen hat, beibehalten worden. Aus Vorschüssen konnte die Italienische Gesandtschaft auch ungefähr 50-80 Familien in Chiasso ein Minimum für ihren Lebensunterhalt schicken. Im einzelnen ist es natürlich Sache der Italiener, die ihnen gewährten Vorschüsse zu verteilen.

Die Frage der Beziehungen zwischen der Italienischen Gesandtschaft und ihrer Regierung (Regierung Badoglio) geht uns nichts an.

Wir selbst haben keine grossen Beziehungen zur Regierung Badoglio, die keinen wirklichen Sitz hat oder ihn wenigstens der Schweiz nicht bekanntgeben konnte. Bevor die Regierung in Rom ist, werden wir in der Ungewissheit bleiben.

Wenn wir jetzt mit Badoglio verkehren wollten, könnten wir das über den englischen Gesandten in Bern tun, aber dieses Weges will sich Herr Pilet nur bedienen, wenn das absolut notwendig ist.

Für die Beurteilung der Verhältnisse ist übrigens ganz aufschlussreich, dass wir nächstens einen Beauftragten nach Neapel schicken werden, der sich dort der amerikanischen und der englischen Interessen annehmen wird.

Mit den Behörden in Norditalien brauchen wir tatsächliche Beziehungen. So gibt es einen italienischen Handelsdelegierten in Zürich, der allerdings dort zur Zeit nicht anwesend ist. Ferner werden wir den Handelsattaché der Gesandtschaft in Rom, Troendle, der sich zur Zeit in der Schweiz aufhält, nach Norditalien schicken, um wegen der Blockierung der schweizerischen Bankguthaben zu verhandeln (sogar die Bankguthaben der Schweizer, die in Italien wohnen, sind blockiert, sodass eine Verwendung für sie dringend notwendig ist).

Was die Frage der Beziehungen mit Russland betrifft, verweist Herr Pilet-Golaz auf die Antwort, die er Herrn Reinhard im Plenum des Rates erteilen wird.

Zur Frage Crittin betreffend Minister Vieli. Die Mission des Herrn Vieli war von Anfang an nur für beschränkte Zeit in Aussicht genommen, denn der Bundesrat war damals überzeugt, dass das Regime Mussolini sich nicht würde halten können. Für diese kurzfristige Mission war Vieli der richtige Mann. Er hat übrigens selbst nicht sehr gerne zugestimmt, und der Verwaltungsrat der Kreditanstalt, nachdem er sich bei den Engländern vergewissert hatte, dass man dort der Kreditanstalt und Vieli die Uebernahme des Postens in Rom nicht übelnehmen würde, hat Vieli nur für die vorgesehene Zeit von 6-12 Monaten freigegeben.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass sich die persönlichen Beziehungen eines Gesandten nicht erneuern, während das Land sich erneuert. Wechsel auf den Gesandtenposten sind deshalb im Interesse des Landes notwendig (Beispiel: wenn de Gaulle die französische Regierung in Frankreich in die Hand bekommen sollte, können wir Stucki als Gesandten nicht dort lassen! Oder: wenn die Demokraten in den U.S.A. innenpolitisch geschlagen werden sollten, wird sich die Frage stellen, ob Minister Bruggmann - wie gross auch die Dienste seien, die er jetzt für uns leistet - an einem andern Posten zu verwenden).

Natürlich braucht es so viel Konstanz wie möglich, ein Minister braucht ja auch eine gewisse Zeit bis er seine

-- 10 --

Beziehungen aufgebaut hat und bis er dazu kommt, sie für unser Land auszunützen.

Vertraulich: Es stellt sich auch die Frage, unsern Gesandten in London zu ersetzen. Thurnheer wird wohl seinen Posten, der für unsere Nachkriegspolitik besonders wichtig ist, nicht wieder antreten können. Die Zahl der Leute, die in Betracht kommen, ist sehr beschränkt. Vielleicht wird alt-Bundesrat Wetter bereit sein, den Posten für ein bis zwei Jahre zu übernehmen. Darüber darf aber nicht gesprochen werden, da die Engländer sehr empfindlich sind. Wenn man den Namen des neuen Gesandten bekanntgibt, bevor das englische agrément vorliegt, geben sie das agrément prinzipiell nicht, um darzutun, dass sie sich nicht vor ein fait accompli stellen lassen.

Wir werden auf jeden Fall den Mann suchen, der am besten geeignet sein wird, die schweizerischen Interessen in London zu wahren.

Die Schwierigkeiten der Nachkriegsprobleme. Es ist psychologisch sehr aufschlussreich, dass man nicht vom Frieden sondern überall von Nachkriegszeiten spricht. Man ist sich offenbar klar darüber, dass das Ende des Krieges nicht sofort eine Befriedigung der Welt bringen wird.

Schon seit dem November 1942 (Landungen in Nordafrika; Wendepunkt des Krieges) befassen wir uns mit den Nachkriegsfragen.

Aber wann wird der Krieg zu Ende sein? In welchem Zustand wird dann Europa sein? Auf und mit was wird man wieder aufbauen?

(Herr Pilet gibt eine Bemerkung wieder, die ihm der französische Botschafter vor seiner letzten Reise nach Frankreich gemacht hat: die Franzosen sind hinsichtlich der Invasion in der gleichen Lage wie eine Person, die sich einer Operation unterziehen muss. "C'est 8 heures et l'opération aura seulement lieu à 8 heures et demi". Zugleich: "C'est 8 heures et c'est à 8 heures et demie déjà que ça commence!").

1918/19 hatte es in Europa Sieger und Besiegte. Nach dem Ende dieses Krieges wird es in Europa nur arme Teufel geben! Darum sind die Nachkriegsprobleme so schwer.

Und wie ist die politische Lage nach dem Krieg? Die Spannungsmomente zwischen den Kriegsgegnern Deutschlands, wenn man annehmen will, dass dieses den Krieg verliert, werden bedeutungsvoll sein. Wer wird, wenn die Deutschen den Krieg verlieren, Sieger sein: die Engländer, die Amerikaner oder die Russen?

./.

- 11 -

Von keinem dieser Länder liegt ein offizielles Nachkriegsprojekt vor. Von den inoffiziellen Projekten sind nicht alle für uns günstig. Wir müssen vorsichtig sein und dürfen uns nicht festlegen. Vorläufig müssen wir uns dokumentieren. Das tun wir in ausgedehntem Masse, und die Berichte, die wir erhalten, geben wir wieder an unsere Vertretungen weiter, sodass unsere Gesandtschaften in London z.B. auch die Berichte kennen lernt, die wir von Washington erhalten und umgekehrt.

Die Nachkriegsprobleme lassen sich in drei Kategorien einteilen:

1. Die Probleme, mit denen der Staat sich als solcher auseinandersetzen muss. Frage der Kriegsverbrecher, Neutralität, Arbeitslosigkeit.

Zum Studium dieser Fragen ziehen wir Fachleute, freie Mitarbeiter (Prof. Hafer etc.), bei. Diese Experten werden dann später diese Fragen in Kommissionen zusammen mit Politikern besprechen. Solange es sich aber nur um die Dokumentation handelt, ist der Zeitpunkt für diese Zusammenarbeit mit Politikern nicht gekommen.

2. Gemischte Probleme. Vor allem die Organisation von Liebeswerken. Hier wird ein sehr bedeutender schweizerischer Einsatz notwendig sein. Wir müssen uns so vorbereiten, dass wir zu gegebener Zeit sofort handeln können. Eine gemischte Studienkommission zum Studium dieses Problems wird ins Leben gerufen werden. Bundesrat Pilet hat alt-Bundesrat Wetter gebeten, den Vorsitz dieser Kommission zu übernehmen; er wäre dazu, da er alle wirtschaftlichen Fragen gründlich beherrscht, die geeignetste Persönlichkeit. Herr Wetter hat erklärt, er hoffe, dieses Amt annehmen zu können.

In dieser Kommission wird auch jemand das Schweizerische Rote Kreuz (nicht aber das Internationale Komitee) vertreten müssen.

Herr Pilet sieht darin auch den Direktor des Kriegsfürsorgeamtes, Herrn Saxer, ferner Herrn Speiser, jemand vom Finanz- und Zolldepartement. Im weiteren Abgeordnete aller grossen schweizerischen Organisationen und Gewerkschaften.

Es wird sich um eine sehr grosse Anstrengung handeln, bei der es mit ein paar Millionen nicht getan sein wird.

Mit dieser Sache werden wir auch die Arbeitslosigkeit in der ersten Nachkriegsphase bekämpfen können. Sie wird uns weiter gestatten, unsere Stellung inmitten Europas auf positive Weise zu untermauern. Hier liegt vielleicht für die Schweiz die grösste Chance.

Die Kommission wird zunächst eine ^{Bilanz} ~~Tendenz~~ aufstellen und einen Plan für das, was die Schweiz tun kann. Objekte des dringenden täglichen Bedarfs kommen in Frage und Arbeits-

werkzeuge. Getreide kann die Schweiz natürlich nicht liefern, wohl aber Werkzeuge, mit denen unsere Nachbarländer wieder arbeiten und sich ihren Lebensunterhalt beschaffen können.

3. Probleme privatwirtschaftlichen Charakters.

Diese Probleme werden die interessierten Kreise selbst studieren. Sie haben zu diesem Zweck auch bereits Vorarbeiten geleistet (Comité Niesz, in dem die Industrie und auch die grossen Banken vertreten sind).

Diese Fragen müssen wir sehr sorgfältig studieren; wir dürfen nichts überstürzen, nichts vernachlässigen und müssen mit der nötigen Diskretion vorgehen.

Um 19.30 Uhr schliesst der Präsident der Kommission die Sitzung, die Freitag, den 10. März um 09.00 Uhr wieder aufgenommen wird. Nationalrat Renold ist abwesend (entschuldigt).

Borella äussert sich zu den Ausführungen des Vorstehers des Politischen Departements.

Campione. Im Vordergrund steht die Frage der wirtschaftlichen Lage der Bewohner von Campione. Dort leben 1500 Personen. Sie sind von Italien abgeschnitten, und nur ungefähr 100 haben Arbeit in der Schweiz. Wie sollen die Leute, die in der Schweiz über keine Mittel verfügen, leben können?

Chiasso. Die Behörden von Chiasso und des Kantons Tessin sind wegen der Lage der italienischen Angestellten im Bahnhof Chiasso sehr besorgt. Die Bahnarbeiter können aus der Miete der auf dem schweizerischen Bahnnetz fahrenden italienischen Wagen bezahlt werden. Aber die andern? Von den 90 Zollbeamten z.B. haben sich 57 für Badoglio erklärt, die andern (mit Einschluss des italienischen Zolldirektors) für die Neo-Fascisten. Die Badoglio-Anhänger haben seit August 1943 keinen Lohn mehr erhalten. Die Unterstützungen von seiten der italienischen Gesandtschaften (Fr. 6-800.-- für 6 Monate!) sind ganz ungenügend. Das ist für die Gemeinde Chiasso, wo die Leute leben, ihre Einkäufe tätigen, die Mieten bezahlen sollten, sehr wichtig. Ausserdem droht der Gegensatz zwischen den Badogliani und den Repubblica (wie sie im Tessin genannt werden) zu Zusammenstössen zu führen, wenn nicht geholfen wird. Die Tessiner Regierung hat sich an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement gewandt, welches beabsichtigt, die in Frage kommenden ungefähr 800 Personen zu internieren. Diese Internierung sollte vermieden werden.

- 13 -

Es ist stossend, dass die italienischen Konsulatsbeamten bezahlt werden wie vorher, und dass die Italienische Gesandtschaft den Leuten im Bahnhof Chiasso aus den Bundesvorschüssen nicht genug bezahlt zum Leben. Wie könnte man für diese Leute, die sich für die von uns anerkannte Regierung Badoglio erklärt haben und die Rothmund internieren will, sorgen? Die Schweiz könnte doch diesen Leuten helfen, wie wenn es Schweizerbürger wären. Fr. 30'000.-- im Monat würden genügen. Die Internierung dieser Leute, gerechnet zu Fr. 3.-- im Tag (Herr Pilet bemerkt, dass man sogar mit Fr. 5.-- im Tag rechnen muss), würde über Fr. 70'000.-- im Monat kosten.

Für diese Aufwendungen könnte man sich doch irgendwie decken. Die italienische Regierung hat z.B. in Chiasso eine Liegenschaft gekauft, auf der (übrigens gegen die Meinung der Behörden von Chiasso) eine Schule gebaut werden sollte. Diese Liegenschaft könnte doch für die Vorschüsse als Hinterlage dienen. Im weitem hat es noch die italienischen Eisenbahnwagen in der Schweiz und Pferde!

Im Namen der Gemeinde Chiasso bittet Nationalrat Borella um Lösung des Problems. Die Ordnung ist zwar noch nicht gestört, aber es wäre durchaus möglich, dass die Badogliani sich an den Republicini rächen könnten.

Bringolf. teilt mit, dass die schweizerische sozialdemokratische Partei von der polnischen Judenvertretung (?) in den U.S.A. ein Telegramm erhalten habe, die gestützt auf eine Nachricht der unterirdischen Bewegung in Polen bat, die Schweiz möchte sich doch für die Juden verwenden, die in Polen noch am Leben sind und denen von seiten der Nazis, wenn sich diese im Kampfe mit Russland aus Polen zurückziehen müssen, grosse Gefahren drohen.

Nach den Informationen ^{Bringolfs} ~~Borellas~~ sind heute von den 3 1/2 Millionen polnischen Vorkriegsjuden noch ungefähr 3-400'000 am Leben.

Das gleiche Problem besteht auch für die Bewohner anderer Gebiete: Tschechoslovakei, Dänemark, Rumänien (!), etc.

Herr Bringolf glaubt, dass man sich in der Schweiz allgemein und besonders die Behörden die Frage stellen sollten, ob hier nicht im Hinblick auf die humanitäre Mission der Schweiz nicht etwas unternommen werden könnte. Schwierig wird das sein; aber wir müssen die Frage prüfen.

Borella möchte weiter von Herrn Pilet hören, ob er über das bedeutungsvolle Abkommen USSR - Benesch etwas Näheres wisse.

NR. Dietschi möchte von Herrn Pilet hören, warum gerade die Presse an der Friedenspsychose schuldig sein soll. Richtig ist allerdings, dass die Schweizerpresse sich bei der Wiedergabe gewisser Reden in den Dienst der alliierten Propaganda gestellt hat ("...wenn die Blätter fallen ..." "... Iden des März"). Die Erörterung der Nachkriegsprobleme in der Presse mag ein weiteres dazu beigetragen haben, dass in der Bevölkerung die Idee aufgekommen sei, das Ende des Krieges stehe bevor. Andererseits stehe aber doch immer in den Zeitungen, dass wir noch nicht über den Berg sind. Sicher hat auch der Militärdienst mit seinem gelockerten Urlaubssystem seinen Anteil. Der Einsatz der Truppen für Bewachungsaufgaben zum Nachteil der taktischen Ausbildung spielt da auch eine Rolle.

Die Friedenspsychose ist wieder etwas verschwunden. Aber wenn sie wieder auftreten sollte, sollte man dagegen etwas unternehmen. Die Zeitungen, wenn man sie in Pressekonferenzen aufklären würde, würden sicher ihre Mitarbeit nicht versagen. Auch mit der Organisation Heer und Haus, die 1940 Wunder gewirkt hat, liesse sich sicher auch etwas erreichen.

NR. Reinhard knüpft an eine Bemerkung des Vorstehers des Politischen Departements betreffend Prof. Sauerbruch an und erklärt, er sei über die Reaktion, die sein Auftreten in der Schweiz gefunden hat, nicht unglücklich. Die von Studenten verteilten Flugblätter: "Wir werden Prof. Sauerbruch anhören, wenn auch die Studenten von Oslo und Strassburg ihn anhören können" hätte Herr Reinhard ebenfalls unterschrieben! Man muss die Bevölkerung begreifen, die weiss, dass allein Redner und Künstler, die von Deutschland ins Ausland reisen, in den Dienst der deutschen Propaganda gestellt werden. Warum hat man Sauerbruch, wenn er der Schweiz wirklich gewisse Dienste geleistet hat, in diesem ungünstigen Zeitpunkt dem Risiko einer Vortragsreise in die Schweiz ausgesetzt?

Reinhard hat ein unbehagliches Gefühl wegen der Internierung von Alfieri und Edda Ciano. Das könnte ein gefährliches Praejudiz sein (Frage der Kriegsverbrecher!). Die Erfahrungen mit Karl von Oesterreich sind nicht sehr ermutigend.

NR. Häberlin verweist auf einen in der "Berner Tagwacht", Nr. 24, abgedruckten Artikel des "Freien Volkes"

(Stimmt es, dass Herr René Payot vom "Journal de Genève" durch Bundesrat Pilet-Golaz zu einer russischen "Persönlichkeit" geschickt wurde, um einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden - und dass diese "Persönlichkeit" Herrn Payot weder helfen wollte noch konnte? - Stimmt es, dass sich schweizerische Unterhändler in Ankara um eine Fühlungnahme mit Moskau bemühten und eine Abfuhr erlitten?)

Was ist an dieser Meldung? Handelt es sich um ein blosses Gerücht?

- 15 -

vom 9.3.44.

Im Morgenblatt der NZZ/ist ein Telegramm ihres Londoner Korrespondenten veröffentlicht:

(Ein Genfer Bericht der "Times", worin der Beschluss des Bundesrates zur eingehenden Prüfung aller Möglichkeiten einer schweizerischen Mitwirkung am Wiederaufbau Europas und insbesondere der Beteiligung an Hilfsaktionen zugunsten der Bevölkerung von Nachbarstaaten mitgeteilt wird, hat hier in massgebenden Kreisen starke Beachtung gefunden. Es muss dazu bemerkt werden, dass gewisse andere Neutrale, insbesondere Schweden, in letzter Zeit weit mehr als die Schweiz durch ihre Betätigung auf humanitärem Gebiet die Aufmerksamkeit der britischen Oeffentlichkeit auf sich gezogen haben, wobei eine geschickte Propaganda nicht weniger mitgewirkt hat als die tatsächlichen Leistungen. Bescheidenheit ist unbestreitbar eine Tugend; sie darf aber auch auf dem internationalen Feld nicht übertrieben werden.

Eine andere, besonders die Auslandschweizer viel beschäftigende Frage ist die vermehrter und verstärkter diplomatischer Vertretungen der Schweiz im Ausland. Die britischen Dominions haben in den letzten Jahren mehr und mehr von ihrem Recht als souveräne Staaten zur Ernennung eigener diplomatischer Vertreter im Ausland und zur Akkreditierung entsprechender fremder Vertretungen Gebrauch gemacht. Wir glauben zu wissen, dass mehr als eines dieser Dominions auch mit der Schweiz gerne den direkten diplomatischen Verkehr pflegen möchte. Eine solche Neuerung läge wohl auch im schweizerischen Interesse; denn die weitgehende Konzentration der konsularischen Vertretungen auf die Wahrnehmung der kommerziellen Interessen lässt die kulturelle Bedeutung unseres Landes in gewissen überseeischen Ländern nicht genügend zur Geltung kommen. Die Ernennung hochqualifizierter und sprachgewandter Diplomaten von fundierter Kultur und politischem Feingefühl, die auch mit den Verhältnissen des Landes, in dem sie wirken sollen, bereits vertraut sind, würde ohne Zweifel eine je länger je mehr empfundene Lücke schliessen.)

Zum Fall Sauerbruch bemerkt NR. Häberlin, dass der Zeitpunkt wirklich unglücklich gewählt war. Aber die Reaktion in der Oeffentlichkeit war sehr ungeschickt. Sauerbruch ist ein ehrlicher Freund der Schweiz. In Deutschland ist er nicht eine x-beliebige Person, und er hat auch in Deutschland ein grosses Mass von Mut gezeigt. Er hat in seiner Klinik die jüdischen Assistenten am längsten gehalten. Und dass er in seinen Vorträgen Einstein anerkennend erwähnt hat, ist sicher auch ein Zeichen von Mut. Es ist ja typisch, dass in der sozialdemokratischen Presse gleichzeitig mit der Propaganda gegen Sauerbruch eine solche gegen Schlusnus lief !

Zu den Ausführungen Bringolfs bemerkt Häberlin, dass die Schweiz auch nach seiner Meinung, soweit das an ihr liegt,

./.

humanitäre Bestrebungen sich angelegen sein lassen soll. Häberlin möchte aber, dass man in diesem Zusammenhang gleichzeitig bekanntgibt, was der Bundesrat getan hat, als die polnische Bevölkerung von den Russen verschleppt wurde.

NR. Bringolf erinnert daran, dass Bundesrat Pilet vor der Vollmachtenkommission etwas von einem Kontakt mit dem Russen Sokolin, der sich in Montana aufhält, sagte. Herr Bringolf teilt mit, dass dieser frühere, nicht nach Russland zurückgekehrte 3. russische Sekretär beim Völkerbund russischerseits ausgebürgert worden ist. Dieser Mann kann für uns nichts bedeuten.

Zum Fall Sauerbruch, Schlusnus und Furtwängler. Man tut so, als ob diese Leute aus Liebe zur Kunst und zur Schweiz in unser Land kommen. Aber hinter allen solchen Leuten aus Deutschland steht der Auftrag von Goebbels.

Mit der Frage Häberlins betreffend die Verschleppung der polnischen Bevölkerung durch die Russen ist Bringolf einverstanden. Aber was könnten wir tun, wenn wir mit Russland keine Beziehungen haben?

Was unsere Stellung in der Nachkriegszeit betrifft, müssen wir uns nicht der Illusion hingeben, wir könnten uns mit 1 - 2 - 300 Millionen Franken in das Nachkriegsgeschäft einkaufen. Wichtiger ist, dass wir jetzt helfen, wo wir irgendwie können (Juden in Polen).

Solothurn

NR. Schmid. Das kantonale Erziehungsdepartement hat von einer deutschen Institution für Erziehung die Mitteilung erhalten, sie organisiere Vorträge im neuen Reichsgebiet. In diesem Schreiben wurde das Departement angefragt, ob es auch solche Vorträge wünsche. Dieses Schreiben hat das Departement an das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement weitergeleitet.

In der Deutschen Pariser Zeitung war vor einigen Wochen ein Artikel abgedruckt, demzufolge nächtlicherweise Flugzeuge in der Schweiz mit Waffen niedergingen, die dann an die Partisanen weitergeleitet worden seien. Hat die Schweiz gegen diesen Artikel etwas unternommen?

Borella. Accerbo, ein früherer Minister Mussolinis, habe die Erlaubnis erhalten, in die Schweiz zu kommen, und halte sich jetzt bei Sulzer in Winterthur auf. Ist das zutreffend?

Ein fascistischer Professor, namens Angoretti, der früher im Tessin gewirkt hat, hat dort jetzt, gefördert vom frühern Tessiner fascistischen Parteisekretär Lorenzani (?) seine unerwünschte Propagandatätigkeit wieder aufgenommen.

NR. Riedener ist ebenfalls der Meinung, dass die Schweiz dem kritischsten Moment erst noch entgegengeht. Es ist notwendig, dass die Solidarität im Volk und auch unter den Parteien, die sich bisher zum Segen unseres Landes ausgewirkt hat, aufrecht erhalten bleibt. Richner regt an, das im Communiqué, dessen Veröffentlichung die Kommission am Schlusse der Sitzung beschliessen wird, zum Ausdruck zu bringen.

In der Frage unserer Beziehungen zu Russland müssen wir vorsichtig und realpolitisch denken.

Was die Anregung Bringolfs betreffend die polnischen Juden betrifft, erklärt Riedener, dass wir mit Schritten nur Nachteile für uns selbst herausholen können, ohne dem gestellten Ziel praktisch irgendwie zu dienen.

NR. Crittin ist von der Antwort, die ihm Bundesrat Pilet erteilt hat, befriedigt. Ein allzu langes und starres Festhalten unserer Gesandten in den Aussenposten wäre sicher nicht richtig. Aber eine gewisse Stabilität ist manchmal doch von Vorteil für die Schweiz, wie die glücklichen Beispiele Wagnière, Paravicini und Peter beweisen.

NR. Bärtschi ist der Meinung, dass das Communiqué der Kommission auch einen kurzen Hinweis auf die Schädlichkeit der Friedenspsychose enthalten sollte.

Er wirft dann die Frage auf, ob unsere Neutralität auch dem Ausland gegenüber genügend erklärt wird. Die öffentliche Meinung in Amerika begreift sicher nicht, warum die Schweiz noch neutral ist. In dieser Richtung ist lange zu wenig getan worden.

Die Landesregierung sollte die schweizerische Öffentlichkeit soweit wie möglich unterrichtet halten und ihr das mitteilen, was ohne Nachteile bekanntgegeben werden kann. Zum Beispiel ist es stossend, dass das schweizerische Publikum erst im Umweg über englische Nachrichten etwas davon hörte, dass eine schweizerische Verhandlungsdelegation dorthin geschickt wurde.

Der Vorsteher des Politischen Departements ergreift das Wort, um diese mündlich gestellten Fragen zu beantworten.

Zunächst weist er besonders darauf hin, dass das, was er über die Neubesetzung des schweizerischen Gesandtenpostens in London gesagt habe vertraulich behandelt werden soll (Rücksichtnahme auf Frau Thurnheer, die den Aerzten ihres Mannes noch nicht recht glauben will).

zu Crittin: Herr Pilet-Golaz umschreibt die Praxis bei der Besetzung schweizerischer Ministerposten mit dem Stichwort: stabilité aber nicht inamovibilité.

zu Richner: Wir haben uns nie vor Ersuchen gestellt gesehen, den Gotthard für unneutrale Transitleistungen zur Verfügung zu halten. Aber wir können uns heute nicht mehr an die Haager Abkommen halten, sondern in Befolgung unserer Neutralitätspolitik selbst bestimmen, was und wieviel wir durchlassen wollen. Grenzfälle: Flüssige Brennstoffe sind für die Engländer unbedingt Kriegsmaterial. Diese Brennstoffe lassen wir aber in Mengen durch, die einem bescheidenen Bedarf der Zivilbevölkerung entsprechen. Beim Kautschuk ist die Sachlage die nämliche. Auch hier ist es eine Frage des Masses und der Menge.

zu Schmid (Deutsche Pariser Zeitung): Wir polemisieren nicht gegen ausländische Zeitungen. Eine Richtigstellung durch den Bundesrat kommt nur in Frage bei Mitteilungen fremder Regierungen. Aber wegen des Artikels in der Pariser Zeitung haben wir bei den zuständigen Behörden (Vichy und Paris) reklamiert und Verständnis gefunden.

zu Borella: Ob Accerbo wirklich in die Schweiz eingereist ist, weiss Herr Pilet nicht. Es handelt sich keineswegs um eine wirklich politische Persönlichkeit. Er war Direktor des Internationalen Instituts für Landwirtschaft in Rom und ein Freund der Schweiz. Der Bundesrat würde ihn jedenfalls sicher einreisen lassen.

Was Lorenzani betrifft, ist Herr Pilet nicht orientiert. Es handelt sich um eine Frage, die das Justiz- und Polizeidepartement angeht.

Was Campione betrifft, hatte Herr Pilet, wie er erklärt, vom Gesichtspunkt der Aussenpolitik geantwortet. Jetzt sieht Herr Pilet, was NR. Borella wissen möchte. Die Frage beschäftigt uns schon lange, und man sucht eine Lösung zu finden. Es sind aber eher andere Verwaltungsstellen als das Politische Departement zuständig. Die unhaltbare Situation ist naturgemäss vorübergehend. Das macht es nicht leicht, einen richtigen Ausweg zu finden.

Die Vorschüsse, von denen bereits gesprochen wurde, sind der Italienischen Gesandtschaft ausgerichtet worden, weil wir die legitimen italienischen Vertretungen und Organisationen nicht fallen lassen konnten. Eine völkerrechtliche Verpflichtung, die Italienische Gesandtschaft zu unterhalten, hat aber die Schweiz natürlich nicht. Wir haben aber danach getrachtet, unnötige Ausgaben zu vermeiden. Anstatt der zuerst verlangten Fr. 400'000.-- im Monat sind im Oktober Fr. 250'000.-- ausbezahlt worden, ein Betrag, der nachher auf Fr. 125'000.-- ermässigt wurde.

Was die italienischen Beamten in Chiasso betrifft, will Herr Pilet die Internierung, die die Schweiz pro Tag und pro Kopf Fr. 5.-- kosten würde, vermeiden. Die Leute leisten übrigens ihre Arbeit. Wenn wir sie internieren würden, würde man uns von Italien neue Leute schicken, deren Einstellung wir zum voraus nicht kennen und die wir dann vielleicht ebenfalls internieren müssten.

Für die erforderlichen Aufwendungen will sich Herr Pilet nach Möglichkeit Deckung verschaffen. In erster Linie kommen die Pferde in Frage. Nach einer Mitteilung des Oberbefehlshabers der Armee, haben aber deren Veterinäre den geforderten Preis noch nicht akzeptiert. Weiter kommen gewisse in der Schweiz liegende Rohmaterialien in Betracht. Eine Verpfändung der italienischen Liegenschaften in der Schweiz ist dagegen nicht ohne weiteres möglich. Die Schweizerbanken haben es auf jeden Fall abgelehnt, solche Vorschüsse zu bewilligen, da ihnen, bei der gegenwärtigen verworrenen Lage, niemand mit genügender Sicherheit ein Verfügungsrecht über diese Liegenschaften nachweisen kann.

zu Bringolf: Herr Pilet anerkennt, dass Herr Bringolf vollkommen recht hat, wenn er sagt, die Schweiz könne sich nicht mit ein paar Hundert Millionen ihren Platz im Nachkriegs-Europa erkaufen. Wir werden deshalb hinter unsern Liebeswerken keine finanziellen Interessen verstecken. Wir müssen hier sehr sauber trennen.

Die Lage der Juden in Polen ist die gleiche wie diejenige der Juden in andern Ländern. Herr Pilet will für sie keinerlei offiziellen Schritt unternehmen. Das Problem ist aber seit Wochen und Monaten im Studium (Comité intergouvernemental à Londres). Wir haben verschiedene Ansuchen fremder Regierungen zu behandeln gehabt. Aber die Sache ist für uns nicht leicht, da wir unter den 70'000 Flüchtlingen mehr als 22'000 Juden zählen. Wir müssen Garantien haben, dass die Leute nach dem Krieg weiterwandern. Vorläufig werden wir vor allem die Kinder aufnehmen.

Das Verhältnis Beneschs zur USSR ist sehr unklar und lässt sich vorläufig von der Schweiz aus nicht zuverlässig beurteilen.

zu Häberlin: Russland. Viele Leute haben sich darum bemüht, als Mittelsmänner zu dienen.

Sokolin hat früher eine Rolle gespielt und wird vielleicht später wieder eine Rolle spielen. Er ist ~~aber~~ für uns kein Agent. Er hat aber gewisse Beziehungen, da er sich, mit Zustimmung der schweizerischen Behörden, in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz um die russischen Internierten in der Schweiz kümmert.

Lifschitz hat in 2 an das Justiz- und Polizeidepartement gerichteten Briefen vor René Payot (Direktor des Journal de Genève oder der Buchhandlung Payot?) gewarnt. Diese Briefe sind vom Justiz- und Polizeidepartement an das Politische Departement weitergeleitet worden. Aber Payot hat in Tat und Wahrheit weder mit ~~einem Auftrag~~ noch im Auftrag des Vorstehers des Politischen Departements etwas zu unternehmen gehabt!

*Zustimmung

Stäubli (?) hat in Ankara mit Russen gesprochen. Auch der schweizerische Militärattaché ist dort in Kontakt mit seinem russischen Kollegen. Aber aus diesen Kontakten wird nichts, dazu eignet sich der Boden von Ankara zu schlecht. Die nützlichen Verbindungen bestehen in Teheran.

Solche und ähnliche Verbindungen sind übrigens durchaus nicht aussergewöhnlich. So hat der schweizerische Geschäftsträger in Sofia den französischen mit dem russischen Gesandten zusammengebracht.

In London interessiert man sich tatsächlich für das, was in den neutralen Zeitungen über die humanitären Nachkriegsbestrebungen gesagt wird. Die Schweden sind auf diesem Gebiet mehr "spectaculaire" als wir. Aber für uns muss es sich in erster Linie darum handeln, rechtzeitig bereit zu sein.

Wir werden bestimmt voraussichtlich nach dem Kriege diplomatische Vertretungen in den britischen Dominions haben. Unser diplomatischer Apparat hat sich 1939 als ungenügend ausgebaut erwiesen. Aber bis 1940/41 wünschte England gar nicht, dass in seinen Dominions diplomatische Vertretungen errichtet würden. Das hat sich jetzt geändert, und wir werden den Aufbau einer solchen Vertretung jedenfalls in Kanada, möglicherweise auch in Südafrika, Australien, Neu-Seeland in Aussicht nehmen. Sehr wahrscheinlich auch in Mexiko.

zu Dietschi: Die Friedens-Psychose wurde nicht durch die Leitartikel der Schweizerzeitungen hervorgerufen, wohl aber durch Aufnahme der alliierten Propagandameldungen und die Art ihrer Aufmachung. Ueber die Urlaubspraxis der Armee hat sich Herr Pilet in gleicher Weise aufgehalten wie Herr Dietschi (die bekannten regelmässigen Sonntagsurlaube der Armee kurze Zeit nach der ersten Mobilmachung waren besonders ärgerlich, und ein Angreifer hätte sich bestimmt die Nacht vom Samstag auf den Sonntag ausgesucht und wäre sicher gewesen, die schweizerische Armee zu Hause anzutreffen!).

Zur Bekämpfung der Friedensstimmung könnten "Heer und Haus" sicher gute Dienste leisten. Herr Pilet will darüber mit Herrn Etter, dem diese Organisation untersteht, sprechen.

zu Reinhard: Die Reaktion gegen Sauerbruch war wirklich sehr unglücklich und ignorant. Sauerbruch ist ein grosser Freund der Schweiz. Er kam immerwieder in unser Land, wo er oft seinen

Kollegen Clairemont (Jude!) besuchte. Er war voll guten Willens und sprach aus offenem Herzen. Mit der Aktion gegen Sauerbruch, der in Deutschland eine hervorragende Stellung einnahm und jeden Monat 1 - 2mal das Hauptquartier aufsuchte, ist der Schweiz eine sehr wertvolle Informationsquelle verloren gegangen.

Man hat Herrn Pilet übrigens nicht gefragt, ob Sauerbruch in die Schweiz einreisen sollte oder nicht. Erst durch Plakatanschläge hat er von der Vortragsreise Kenntnis erhalten. Eine Möglichkeit, Sauerbruch von diesen Vorträgen abzuraten, hatte er deshalb nicht.

Die Proteste wegen Oslo waren sinnlos. Sie haben den Vorsteher des Politischen Departements an der Erreichung dessen gehindert, was er sonst hätte erreichen können. Und die Polemiken der Schweden haben nur zur Folge gehabt, dass noch ein paar norwegische Studenten mehr nach Deutschland übergeführt wurden.

Was Alfieri betrifft, war der Vorsteher des Politischen Departements gegen die Gewährung des Asyls. Seine Person hat übrigens niemand sehr ernst genommen, und dass er jetzt in der Schweiz ist, hat nicht viel zu bedeuten. Er ist tatsächlich ernstlich krank. Was mit ihm geschieht, wenn er hergestellt sein wird, ist noch keineswegs sicher.

Bei Edda Ciano handelt es sich wirklich um eine unerfreuliche Person. Nach dem Urteil von Verma hätte sie niemand über die Grenze zurückgeschoben. Der Vorsteher des Politischen Departements erklärt, er verlange für sie ein strenges Regime.

zu Bärtschi: Der Mann der Strasse in den kriegführenden Ländern versteht den Neutralen (begreiflicherweise) nicht und will von der neutralen Propaganda, mit der ihm die Haltung der Neutralen erklärt werden soll, nichts wissen. Alle Rapporte, die wir über die Möglichkeiten einer Propaganda im Ausland von unsern Vertretungen ~~xxxxxxxxxx~~ besitzen, sind negativ.

Auch die amerikanische Regierung will von einer Propaganda für die Neutralen, die vielmehr unter ihrem Druck stehen (Spanien, Südamerika) nichts wissen. Die Schweiz nimmt allerdings politisch in Amerika eine den andern Neutralen gegenüber privilegierte Stellung ein.

Nur mit persönlichen Verbindungen lässt sich heute mit Erfolg arbeiten. Der Vorsteher des Politischen Departements wird 2 - 3 Leute nach den Vereinigten Staaten senden, die dort schon über gute Beziehungen verfügen (nicht Geschäftsleute!). Sie sollen Informationen sammeln und gleichzeitig im Rahmen ihrer Möglichkeiten wirken.

In dieses Kapitel gehört auch die Entsendung von Legationsrat Rezzonico für 4 - 5 Wochen mit der Delegation nach England, wo er prüfen soll, wie die Schweiz dort ihren Einfluss vergrössern könnte.

Die Kommission ist übrigens nicht auf einmal abgereist, und einer der Teilnehmer musste wegen der Absage der Engländer in Lissabon bleiben und von dort in die Schweiz zurückkehren. Daraus hat sich dann auch ergeben, dass eine sofortige Information der schweizerischen Oeffentlichkeit über die Abreise der Delegation nicht möglich war.

Zum Schluss der Sitzung wird dann von der Kommission auf einen Entwurf des Präsidenten hin der Text eines Communiqués beschlossen.

Schluss der Sitzung um 12 Uhr.

W. Schnyder
Schnyder.

15. März 1944.